

Kita-Beiträge ohne Betreuung?

Wird aus den Kita-Gebühren, wenn die Einrichtungen geschlossen sind? Kommunen im Landkreis debattieren über eine „saubere Lösung“

Ab 18. März sind öffentliche Kitas geschlossen. Für viele Eltern die Notbetreuung bringt für viele Eltern die Frage: Was wird mit den Kindern? Ich diese weiter? Das Kind keine Einheiten kann? Brandis hat als erste im Landkreis für sich eine Antwort: „Wir werden die Kitas einsetzen“, teilte Bürgermeisterin Susanna Jesse (SPD) bereits mit. Die Kommune wolle helfen, die Belastungen für Familien zu begrenzen. Dazu viele Anfragen, ob man möchtere in die Kitas außerhalb der üblichen Öffnungszeiten ein Zeichen der Solidarität, so Jesse. Die Lösung für den April gelte...



Die Kitas sind dicht, Eltern müssen ihre Kinder zu Hause betreuen. Im Landkreis Leipzig hat die Stadt Brandis als erste beschlossen, auf Kita-Gebühren zu verzichten. FOTO: DPA

stehen die Frage der Eltern. Im Moment steht jedoch für uns der Gesundheitsschutz der Bevölkerung im Vordergrund. Deshalb können wir derzeit noch keine Empfehlungen zu den Folgen des vorübergehend entfallenen Kita-Betreuungsanspruchs geben.“

Auch in Thüringen sahen sich Rathäuser zu Alleingängen gezwungen. Der Bürgermeister der Stadt Sonneberg machte bereits am Wochenende kurzen Prozess und setzte die Kita-Gebühren aus. Eine Regelung, die in der Spielzeug-Stadt sogar für jene gilt, die auf Grund ihrer besonderen beruflichen Situation das Angebot der Notbetreuung nutzen. Selbst diesen Familien soll die Zahlung erlassen werden.

Im Landkreis Leipzig deutet sich derweil an, dass erste Städte dem Brandiser Beispiel folgen wollen. „Jede schnelle und unbürokratische Entscheidung ist jetzt wichtig.“

Die Aussetzung der Kita-Gebühren ist ein geeignetes Mittel, um Familien schnell zu entlasten“, erklärte der Markkleeberger Oberbürgermeister Karsten Schütze (SPD) am Dienstag. „Sollte bis zum Mittwoch keine Landesregelung kommen, wird es auch in Markkleeberg eine Entscheidung geben“, kündigte Schütze an.

Auch der Groitzscher Stadtchef Maik Kunze möchte den Eltern nicht zumuten, Gebühren zu zahlen, obwohl das Kind zu Hause bleiben muss. „Zumal den meisten Eltern ja gleichzeitig die Möglichkeit genommen wird, Geld zu verdienen, da sie ja auf ihre Kinder aufpassen müssen. Das schreit regelrecht nach einer Klärung durch den Freistaat“, appelliert Kunze. Auch die Kommunen hätten durch das Ausbleiben der Gebühren Einnahmeverluste, müssten aber gleichzeitig Betriebs- und Personalkosten weiter tragen, warnt der Stadtchef.

„Sollte also den Eltern die Gebühr erlassen werden, was ich persönlich für richtig und fair erachte, müsste der Freistaat die Ausfallkosten der Kommunen übernehmen.“ Eine Forderung, die auch der Borsdorfer Rathauschef Ludwig Martin (CDU) erhebt. „Es muss hierzu eine einheitliche Festlegung des Kultusministeriums geben.“

Der Thallwitzer Bürgermeister Thomas Pöge geht noch einen Schritt weiter. „Das größte Problem sehe ich darin, dass Eltern, die ihre Kinder betreuen müssen, nichts verdienen, im gleichen Moment aber noch Kita-Beiträge entrichten oder ihren Hauskredit bedienen müssen. Da wird es in manchen Fällen doch ziemlich schnell ziemlich eng.“ Aus Pöges Sicht kann hier nur der Bund helfen: „Der muss den Lohnausfall der Eltern zahlen, damit wäre auch den vielen kleinen Betrieben geholfen und gesamtgesellschaftlich der Druck aus dem Kessel genommen.“

Hilfe für Unternehmer gefordert

Stephan Mielsch hält Soforthilfe des Kreises für geboten

Landkreis Leipzig. Trotz der vom Bund beschlossenen milliardenschweren Hilfen in der Corona-Krise sorgt sich die Kreis-FDP um die lokale Wirtschaft. Stephan Mielsch, FDP-Kreisrat im Landkreis Leipzig und Landespartei-ratsmitglied der FDP Sachsen, gehen die bisherigen Maßnahmen nicht weit genug: „Freiberufler, Selbstständige und Kleinunternehmer werden im Regen stehen gelassen. Im Leipziger Neuseenland haben wir mit dem Tourismus eine Schlüsselindustrie, deren Grundpfeiler uns drohen, wegzubrechen. Das fängt bei Betreibern von Cafés, Restaurants und kleinen Unterkünften an und hört bei Tourismusführern und Event-Veranstaltern auf.“ Strukturen neu zu schaffen ginge nicht von heute auf morgen.

Mielsch, Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Kreises, bekräftigt, dass die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes eine wichtige Stütze ist, aber für viele der existenzbedrohende Lage durch die Corona-Pandemie nicht lindert: „Mit den angeordneten Maßnahmen zur Schul- und Kitaschließung ist von einem deutlichen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität auszugehen, weil Eltern die Kinderbetreuung selbst sicherstellen müssen. Wie wollen Sie das stemmen, wenn Sie selbstständig sind, kein Geld reinkommt und Sie trotzdem die Miete nicht nur für ihre eigene Unterkunft, sondern auch für Ihre Gewerberäume zahlen müssen?“

Auch die aufgestockten Ausfallbürgschaften der Kreditanstalt für Wiederaufbau würden hier zu kurz greifen. „Die Kreditaufnahme wird hierdurch erleichtert. Das heißt aber letztlich nur, dass Sie anschließend verschuldete Unternehmer haben, die ihr Geld nicht in Investitionen stecken können, sondern erstmal ihre Schulden tilgen müssen. Das ist für solide Mittelständler und Großunternehmen alles machbar, aber für Kleinunternehmer mehr Fluch als Segen.“ Als Maßnahme könnten daher gemäß Artikel 107 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auch staatliche Beihilfen in Betracht gezogen werden, so der FDP-Mann. Diese sind im Fall außergewöhnlicher Ereignisse ausdrücklich erlaubt. Mielsch fordert daher: „Als Kreisräte tragen wir mit dem Landrat und der Kreisverwaltung die Verantwortung für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Landkreis. Die Kreisverwaltung sollte prüfen, welche Maßnahmen wir zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft tätigen können. Dazu gehören auch nicht rückzahlbare Beihilfen für existenzbedrohte Freiberufler, Selbstständige und Kleinunternehmer“, so Mielsch.

Blutspendedienste schlagen Alarm

Nach Einschätzung von Torsten Tonn, medizinischer Geschäftsführer des DRK-Blutspendedienstes Nord-Ost, ist die Versorgungslage äußerst angespannt: „Die Versorgung mit lebensrettenden Blutpräparaten ist derzeit noch auf niedrigstem Niveau gesichert, aufgrund der Infektions-Dynamik rund um die weitere Ausbreitung des neuartigen Coronavirus und die aktuelle regional unterschiedliche Einschränkung des gesamten öffentlichen Lebens kann sich dies jedoch

in kurzer Zeit grundlegend ändern. Sollten in den kommenden Tagen nicht genügend Blutspenden eingehen, wäre die Patientenversorgung innerhalb kurzer Zeit nicht mehr lückenlos abgesichert.“

Spendewillige sind gebeten, sich kurzfristig im Internet (www.blutspende.de) oder über die kostenfreie Hotline (Telefon 0800 11 94911) zu informieren, ob der in Frage kommende Termin tatsächlich stattfinden kann oder ob es Alternativen gibt.

Dabei soll die Sicherheit für Spendende und Mitarbeiter sowie ehrenamtliche Helfer gewährleistet sein. „Wichtig ist dabei zu wissen, dass aktuell für Blutspender kein gesteigertes Risiko besteht, sich auf Spendeterminen mit SARS-CoV-2 anzustecken. Es sind aufgrund der aktuellen Entwicklung weitergehende Maßnahmen ergriffen worden, die eine größtmögliche Sicherheit für Blutspender, sowie für Mitarbeiter auf den Spendeterminen gewährleisten.“